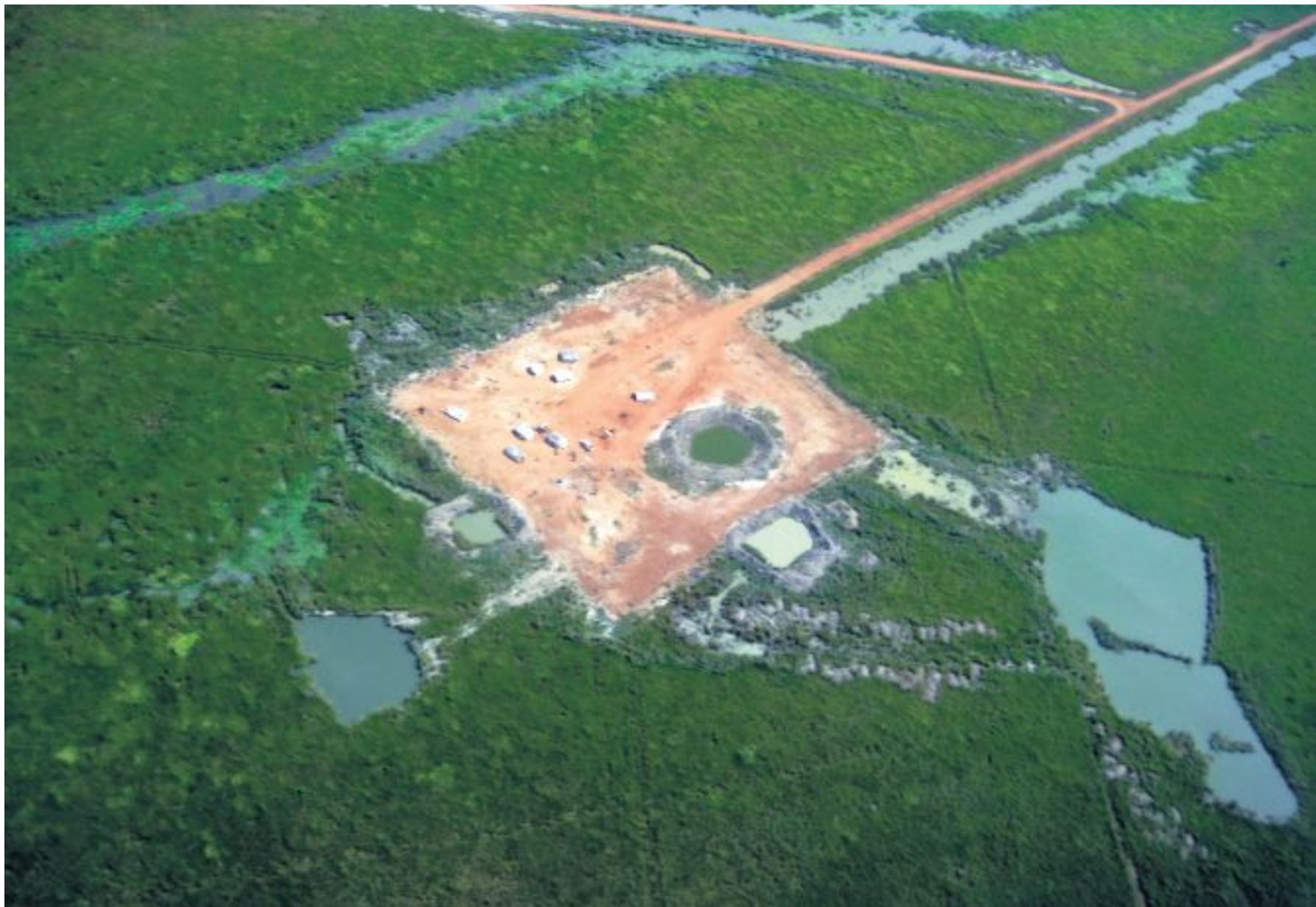


International



Stillgelegtes Bohrloch in der Region der südsudanesischen Hauptstadt Bentiu: In verdächtigem Olivgrün schillert ein Teich am Rand des Geländes. Fotos: Johannes Dieterich

Gefährliche Gewässer

Im Südsudan wird immer mehr Erdöl gefördert. Weil die ausländischen Bohrfirmen die teure Entsorgung der dabei entstehenden Chemikalien umgehen, wird das Trinkwasser verseucht.

Von Johannes Dieterich, Bentiu

Das Bohrloch liegt direkt vor Nyayiel Puoks Hütte. Wenn die 36-jährige Südsudanerin den Metallhebel bewegt, schießt auch eine trübe Flüssigkeit aus dem Rohr. Doch Nyayiel hütet sich mittlerweile, dieses Wasser zu trinken. Denn dann landet sie wieder dort, wo sie mit ihren drei Kindern in jüngster Zeit schon viel zu oft war - im Krankenhaus. «Kaum waren wir zurück zu Hause», sagt die Sudanerin vom Volk der Nuer, «wurde schon wieder ein anderes der Kinder krank.»

In der Region um Bentiu, der Hauptstadt der südsudanesischen Unity-Provinz, ereignen sich seltsame Dinge. Aus den einst tadellosen Brunnen rinnt salziges Wasser, zahlreiche Menschen erkranken an Durchfall, auf den Feldern verendet das Vieh. Die deutsche Wasserexpertin Hella Rüska muss nicht einmal warten, bis die Proben vom Brunnen vor Nyayiels Hütte im Labor ausgewertet sind: An ihrem Messgerät schlagen sich selbst für Laien gut sichtbar weisse Salzkristalle nieder - die Konzentration der Mineralien liegt um ein Vielfaches über dem Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation WHO. «Da muss man sich nicht wundern», sagt die Geologin trocken.

Wohlstand nur in Khartum

Ein mit einem Schnellfeuergewehr bewaffnetes Mitglied der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) führt uns wenige Kilometer weiter zu einer Stelle, wo die Bevölkerung im vergangenen Jahr vergiftetes Wasser getrunken haben soll: Neun Kinder seien gestorben, sechshundert Menschen hätten ins Spital eingeliefert werden müssen. Die vermutliche Ursache der Verschmutzung macht Klaus Stieglitz von der deutschen Hilfsorganisation Hoffnungszeichen in einem nahe gelegenen, fussballfeldgrossen Areal aus. In dessen Mitte befindet sich ein stillgelegtes Bohrloch, am Rand des Areals ein Teich, der in verdächtigem Olivgrün schillert. Rüska's Messgerät erreicht innert Sekunden Höchstwerte: «Wer das trinkt», sagt die Geologin, «muss dies unter Umständen mit seinem Leben bezahlen.»

Bei dem Loch, erklärt Hilfswerker Stieglitz, handelt es sich um die Bohrung einer vermutlich chinesischen Gesellschaft, die offensichtlich nicht den



TA-Grafik mt

erwarteten Erfolg erbrachte. Andere Bohrungen in der Umgebung verliefen erfolgreicher: Die Erdölfelder Mala und Thar Jath bestehen aus 36 Quellen, aus denen ein nicht unerheblicher Teil der täglich 500 000 Barrel fliessen, welche der Sudan täglich produziert.

Der Export des schwarzen Goldes vor allem nach China hat dem bettelarmen Staat einen spürbaren Aufschwung beschert, der allerdings nur in der 800 Kilometer weiter nördlich gelegenen Hauptstadt Khartoum wirklich auszumachen ist. Dort schiessen neue Luxushotels, Konferenzzentren und Bürogebäude in die Höhe - auch der vom Internationalen Strafgerichtshof angeklagte sudanesischer Präsident Omar al-Bashir hat sich einen glänzenden neuen Palast geleistet.

In der Unity-Provinz ist von alldem nichts zu spüren. Im Gegenteil: «Unser Ölreichtum hat uns bislang nur Kummer beschert», klagt der designierte katholische Bischof der Diözese Malakal, Roko Taban Mousa: «Zuerst liess man uns nicht von unseren Bodenschätzen profitieren, und jetzt ist auch noch unser Wasser verschmutzt.» Tatsächlich gehen die chinesischen, indischen und malaysischen Firmen bei der Exploration und Gewinnung des schwarzen Goldes alles andere als zimperlich vor.

Während in anderen Teilen der Welt das mit Kaliumchlorid angereicherte Wasser, das zur Stabilisierung der Bohrlöcher dient, nach seiner Verwendung in tief gelegene Erdschichten gepumpt wird, lässt man es hier einfach kostensparend in offenen Tümpeln versickern.

Auch das bei der Erdölproduktion entstehende Abwasser, das sowohl Schwermetalle wie Salze enthält, wurde zunächst einfach in die Landschaft am Rand der von der Uno geschützten Nilsümpfe geleitet: Erst als Klaus Stieglitz im vergangenen Jahr Alarm schlug, baute das malaysisch-indisch-sudanesisches Konsortium White Nile Petroleum Operating Company (WNPOC) eine Wasseraufbereitungsanlage. Mit einem riesigen leeren Becken und herumflatternden Plastikfolien erweckt diese aus der Luft betrachtet allerdings nicht den Eindruck, als ob sie tatsächlich funktionieren würde.

Wenn Stieglitz an den Weissen Nil kommt, um dort den Machenschaften der Ölgesellschaft auf den Grund zu gehen, erwartet ihn schweisstreibende Arbeit. Erst lässt er die Piloten der gecharterten Maschine Erkundungsschleifen über den sich auf 4000 Quadratkilometer ausdehnenden Ölfeldern fliegen und nimmt mit seinem GPS-Gerät die Koordinaten der Tümpel oder verlassenen Bohrlöcher auf.

Bohrfirmen wiegeln ab

Später nähert er sich den Brennpunkten der Verschmutzung mit einem klapprigen Kleinbus, kriecht unter Zäunen durch, seilt sich zu tief gelegenen Tümpeln ab oder legt selbst in der über 40 Grad heissen Mittagshitze Fussmärsche zu verdächtigen Orten zurück. Das WNPOC-Konsortium versorgt den Menschenrechtler nicht einmal mit den grundlegendsten Fakten über die verwendete Technologie oder das Volumen des benutzten Wassers: Kein einziges seiner zahlreichen an die Firmenzentrale in Khartoum gerichteten Schreiben wurde bislang beantwortet.

Im vollklimatisierten WNPOC-Quartier werden wir von einem stattlichen Repräsentanten der Ölgesellschaft empfangen. Tigani Ahmed Doha berichtet eine gute halbe Stunde lang, was seine Firma alles für das Wohl der Bevölkerung der Unity-Provinz tut: Dass viele Bewohner von diesem Segen nichts mitbekommen haben, liege nicht an WNPOC, sondern an der südsudanesischen Regierung. Für Fragen über verwendete Technologien, Massnahmen des Umweltschutzes und die Qualität des Wassers verweist Doha an die WNPOC-Zentrale in Khartoum, wo man



Der Gefahr ausgesetzt: Südsudanesische Kinder an einem Brunnen.

zwei Jahre nach den ersten Vorwürfen - inzwischen sogar eine Stellungnahme vorbereitet hat. Darin weist die Firma sämtliche Anschuldigungen «kategorisch» zurück: WNPOC folge in der Ausführung seiner Operationen internationalen Umweltschutzstandards und halte sich «strikt an einen Nullausstoss von Schadstoffen», der hohe Salzgehalt des Grundwassers sei auf natürliche Ursachen zurückzuführen.

«Zweifelloso kontaminiert»

Stieglitz' gesammelte Wasserproben sprechen eine andere Sprache. Die chemische Zusammensetzung der aus den Wasserpumpen fliessenden Brühe entspreche weitgehend dem von den Öl- und Bohrgesellschaften produzierten Abwässern, will Hydrogeologin Rüska wissen: «Das Trinkwasser ist zweifelloso kontaminiert.» Das entspricht auch den Beobachtungen des Direktors der Gesundheitsbehörde der Unity-Provinz, Peter Majuoy Guf. «Wir haben hier eine alarmierende Situation», klagt der Direktor in seinem Büro in Bentiu: «Woche für Woche hören wir von neuen Ausbrüchen akuter Durchfallerkrankungen und können nichts dagegen tun.» Seine Behörde würde dem Grund für die Wasserverseuchung ja gerne nachgehen, habe aber nicht die Mittel dafür und werde von der WNPOC nicht mit den nötigen Informationen versorgt: Wenn er dort anrufe, werde er von einer Stelle zur anderen verwiesen. «Ach, hätte man doch bloss in unserem Boden kein Öl gefunden», sagt er, «es würde uns heute besser gehen.»

Schwedens unzüchtiger Sittenwächter

Polizeichef Göran Lindblad machte sich stark gegen sexuelle Gewalt. Jetzt wurde er als Kopf eines Netzwerks verhaftet, dessen Mitglieder Kinder vergewaltigten.

Schwedens Ordnungshüter geniessen ein besonders hohes öffentliches Ansehen in der Wahrung der öffentlichen Moral. Und diese ist alles andere als liberal. Seit zehn Jahren ist jegliche Prostitution im grössten nordischen Land verboten, Pädophilie wird streng bestraft - und in Sachen häusliche Gewalt gilt Nulltoleranz.

So ist es in Schweden nicht die Kirche, sondern die Polizeiführung, die im öffentlichen Diskurs zu diesen Fragen eine zentrale Rolle einnimmt. Göran Lindblad, der langjährige Rektor der Stockholmer Polizeihochschule und Landespolizeichef in der Universitätsstadt Uppsala, spielte in diesem Zusammenhang in den letzten Jahrzehnten eine ganz besondere Rolle: Er sorgte dafür, dass das frühere Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern im Polizeikorps weitgehend ausgeglichen wurde. Von der schwedischen Regierung wurde er deswegen gerne als Referent an internationale Tagungen delegiert.

Langwierige Ermittlungen

Umso erschütterter reagiert nun die schwedische Öffentlichkeit auf die Verhaftung des Vorzeigepolizisten: Dieser wurde letzte Woche von einer Sonderinheit der Polizei in der mittelschwedischen Provinzhauptstadt Falun gefasst, als er sich gerade mit einem 14-jährigen Mädchen in einem Hotelzimmer treffen wollte. Der 63 Jahre alte Lindblad, der sich selbst als Feministen bezeichnete, soll sich laut Stockholmer Staatsanwaltschaft in den vergangenen Jahren regelmässig an Kindern vergangen haben. Mehr noch: Der viel gelobte Sittenwächter soll gar der Kopf eines Netzwerks gewesen sein, das Massengewalttätigkeiten von Mädchen organisiert hat.

Die Fahnder waren Lindblad auf die Spur gekommen, nachdem seine Handynummer bei einem ermordeten Mann aus der Stockholmer Unterwelt gefunden worden war. Anschliessend beschatteten Beamte einer Sondereinheit Lindblad, bis er nun auf frischer Tat verhaftet werden konnte. Laut dem Leiter des Fahndungsteams, Jonas Trolle, werden die Ermittlungen in dem heiklen Fall «viel Zeit in Anspruch nehmen».

Die Glaubwürdigkeit und Durchsetzbarkeit des restriktiven schwedischen Sexualstrafgesetzes ist wiederholt in Frage gestellt worden: Wohl ist der früher existierende Strassenstrich in den grossen Städten des Landes fast verschwunden. Stattdessen hat sich die Prostitution ins Internet verlagert. In den letzten Jahren wurden unter anderem hohe Richter und führende Politiker des in Schweden illegalen Kaufes sexueller Dienstleistungen überführt. Polizeichef Lindblad hat dieser Doppelbödigkeit nun aber offensichtlich die Krone aufgesetzt: So soll er Minderjährige zu Rollenspielen gezwungen haben, in denen Polizeiuniformen und Gruppenvergewaltigungen vorkamen. Bruno Kaufmann, Stockholm

«Climagate»: Berater verdächtigt Lobbys

Hinter dem Diebstahl des E-Mail-Verkehrs englischer Klimaforscher Ende 2009 könnten nach Einschätzung eines Experten US-Lobbyisten oder Geheimdienste gesteckt haben. Der ehemalige oberste wissenschaftliche Berater der britischen Regierung, David King, sagte, der Diebstahl von mehr als 1000 Mails und Dokumenten aus dem Klimainstitut der Universität von East Anglia scheine für einen einzelnen Hacker zu professionell durchgeführt worden zu sein.

Das «Climagate» hatte vor der Klimakonferenz in Kopenhagen für Wirbel gesorgt. Teile der E-Mail-Korrespondenz tauchten im Internet auf und wurden von Leugnern des Klimawandels so ausgelegt, dass Wissenschaftler die Gefahr übertrieben. (DDP)